

SoVD Bremen aktiv auf großer Demonstration gegen steigende Mieten

## Für bezahlbaren Wohnraum

Rund 1.500 Bremerinnen und Bremer gingen Ende März auf die Straße, um gegen Wohnungsnot und steigende Mieten zu protestieren. Zu der Demonstration unter dem Motto „Die Stadt muss allen gehören“ hatten das Diakonische Werk Bremen, Gewerkschaften sowie das Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ aufgerufen. Auch der SoVD Bremen nahm daran engagiert teil.

Die Veranstalter waren sich einig, dass dem rasanten Anstieg der Mietpreise in Bremen Einhalt geboten werden müsse. Nach ihren Recherchen habe sich in den letzten Jahren die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich verschärft:

Heute müsse jeder vierte Haushalt 40 Prozent oder mehr seines Nettoeinkommens für die Miete aufwenden. Viele Studierende fänden keine bezahlbare Bleibe. Und die Zahl der Sozialwohnun-

gen sei innerhalb der letzten 40 Jahre von 90.000 auf 8.300 zurückgegangen.

„Die Not, aus angestammten Wohnungen hinausgedrängt zu werden oder durch Mietpreiserhöhungen zu verarmen, kennen auch unsere Mitglieder“, sagte der 1. SoVD-Landesvorsitzende Joachim Wittrien. „Es kann nicht sein, dass Mietpreisexplosionen das soziale Gefüge in Bremen gefährden, nur weil einige Vermieter Kasse machen möchten. Wir benötigen

wirksame Mietpreisbremsen und mehr kommunalen Wohnungsbau!“

Aus diesem Grund schlossen sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des SoVD-Landesverbandes Bremen dem Protestzug vom Hauptbahnhof bis zum Bremer Markt an. „Wir müssen gemeinsam mit anderen Initiativen gegen diese Fehlentwicklung vorgehen“, erklärte Wittrien, „sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“



Foto: Antonioguilem/fotolia

**Bezahlbarer Wohnraum in Bremen wird zunehmend knapper.**

In der Region fehlen Zigtausende Wohnungen

## Wohnungsnot in Bremen

**Bis zum Jahr 2030 benötigen Bremen und das Umland geschätzt 36.000 neue Wohnungen. Das ergab die Studie „Regionale Wohnungsmarktbeobachtung“, die der Kommunalverbund Bremen Niedersachsen e. V. im letzten Jahr veröffentlichte.**

Die Studie ergab außerdem: In der Region gibt es zu viele große und zu wenige kleine Wohnungen. Auch so entsteht Wohnungsnot. Durch den demografischen Wandel sollen bis 2030 rund 22.000 Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen fehlen.

Schnell steigende Mieten und Mangel an bezahlbarem Wohnraum belasten besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen. Dabei geht es nicht nur um Neuvermietungen. Viele Menschen erhalten Mieterhöhungen. Ob hier die gesetzliche Mietpreisbremse hilft, bleibt fraglich. *Quellen: Mieterverein Bremen, Kommunalverbund; zudem gibt es für Wohnen in ganz Deutschland das SoVD-Gutachten unter: [www.sovd.de/guteswohnen](http://www.sovd.de/guteswohnen).*

Die Höhe von neuen Mieten überprüfen

## Orientierung bieten Miet- und Betriebskostenspiegel

**Um zu vergleichen, ob eine Miete gerechtfertigt ist, gelten in fast allen großen Städten und Metropolregionen die offiziellen Mietspiegel als Anhaltspunkt.**

Unter den 25 größten deutschen Städten ist Bremen – anders als Bremerhaven – die einzige, die noch nie einen offiziellen Mietspiegel erstellt hat. Dabei ist er ein wichtiger Anhaltspunkt für die zulässige Miethöhe. Der Vermieter kann sich aber auch auf eine Mietdatenbank, ein Sachverständigengutachten oder drei Vergleichswohnungen berufen. Nennt er drei Wohnungen mit ähnlicher Lage, Größe und Ausstattung, darf er nur die niedrigste der drei Mieten fordern und keinen Durchschnitt bilden.

Bei den Betriebskosten wiederum gibt es offizielle Werte für ganz Deutschland: Im Durchschnitt zahlen Mieterinnen und Mieter 2,19 Euro pro Quadratmeter im Monat für Betriebskosten. Rechnet man alle denkbaren Arten von Betriebskosten zusammen, kann die sogenannte „zweite Miete“ bis zu 2,79 Euro betragen. Das sind die Zahlen aus dem letzten Betriebskostenspiegel, den der Deutsche Mieterbund (DMB) Anfang 2018 vorlegte. Grundlage sind die Abrechnungen des Jahres 2016.

Wie bei Mietspiegeln, so gibt es auch bei Betriebskostenspiegeln große regionale und lokale Unterschiede – vor allem bei Grundsteuer, Wasser/Abwasser und Abfallbeseitigung. Das Gleiche gilt für Heizung und Warmwasser. Hier lagen die Kosten im Durchschnitt bei 1,03 Euro pro Quadratmeter monatlich. Rund 50 Prozent der tatsächlich gezahlten Betriebskosten fallen für Heizung und Warmwasser an.

*Quelle: DMB*



Im Demonstrationszug dabei waren auch (v.li.): Landesschatzmeister Thomas Wolter, der Vorsitzende des Kreisverbandes Bremen, Klaus Möhle, und Landesvorsitzender Joachim Wittrien.

Internet-Service „Inkasso-Check“ der Verbraucherzentralen hilft

## Inkassobescheid überprüfen

**Unter den Betreibern von Inkasso-Unternehmen gibt es nicht nur redliche Firmen. Darauf weist die Verbraucherzentrale (VZ) Bremen hin. In ihrem Beratungsalltag sei immer öfter festzustellen, dass zahlreiche Inkassounternehmen mit zwielichtigen Methoden abkassieren wollen.**

Mehr als die Hälfte der Forderungen sei willkürlich, die Gebührenhöhe oft unverhältnismäßig. Das ergab eine Auswertung von Beschwerden in den Beratungsstellen.

Zahlungsaufforderungen von Inkassounternehmen setzten die Menschen oft unter großen Druck. Unseriöse Unternehmen stellten häufig überhöhte, unverständliche oder gar völlig frei erfundene Forderungen und drohten mit Lohn- und Gehaltspfändung oder sonstiger Zwangsvollstreckung.

Betroffene können die Forde-

runge auf [www.inkasso-check.de](http://www.inkasso-check.de) kostenlos prüfen. „Mit diesem Check erfahren Sie, ob Sie überhaupt zahlen müssen, und wenn ja, ob wirklich die volle Höhe der Kosten fällig ist“, so Nicole Mertgen, Verbraucherrechtsberaterin der VZ Bremen. „Beantworten Sie einige Fragen zur Inkassoforderung und Rechnung, dann erhalten Sie eine rechtliche Ersteinschätzung und bei Bedarf einen Musterbrief an das Inkassounternehmen, mit dem Sie der Forderung widersprechen können.“ *Quelle: VZ Bremen*



Foto: bmstock/fotolia

**Nicht einschüchtern lassen!**